

# Parlamentsreport Süd-West

Nachrichten der Abgeordneten aus Steglitz-Zehlendorf  
aus dem Abgeordnetenhaus von Berlin

03.09.2020

**CDU** Fraktion Berlin

## Vorwort: Aktuelle Ereignisse

Die Union bekennt sich zum Rechtsstaat und deren Säulen - Gerechtigkeit, Ordnung, Sicherheit und Freiheit. Wir stehen an der Seite der Berliner Polizei, die sich zur Bewahrung dieser Grundrechte im Angesicht von Gewalt vor allem durch Unerschrockenheit und Besonnenheit auszeichnet.

Menschen, die unsere freiheitliche Grundordnung ablehnen, haben am 29.08.20 versucht, den Besuchereingang des Reichstags zu stürmen. Viele waren ausgestattet mit schwarz-weiß-roten Reichsfahnen, deren Farben an gleicher Stelle während des Reichstagsbrands das Ende der Weimarer Republik und den Beginn des dunkelsten Kapitels der deutschen Geschichte einläuteten.



Quelle: WELT/ David Schafbuch

Dieser offene Angriff auf ein Symbol unseres freiheitlichen Systems gepaart mit Gewaltbereitschaft und der Ablehnung unserer gemeinsamen Werte ist zu verurteilen. Deshalb müssen wir uns einer Untergrabung des Rechtsstaats durch gewaltbereite extremistische Feinde unserer Demokratie entgegenstellen.

Im Abgeordnetenhaus von Berlin ist Steglitz-Zehlendorf mit insgesamt fünf CDU-Abgeordneten vertreten.



**Oliver Friederici**

*Sprecher für Verkehr und Landwirtschaft*

**Christian Goiny**

*Sprecher für Haushalt und Medien*

**Adrian Grasse**

*Sprecher für Forschung*

**Cornelia Seibeld**

*Sprecherin für Integration und Kirchen*

**Stephan Standfuß**

*Sprecher für Sport, Sprecher 1. Untersuchungsausschuss "Terroranschlag Breitscheidplatz"*

Im Parlamentsreport berichten wir aus der Plenarsitzung über die aktuellen Themen, die für die Menschen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf relevant sind.

Im Text finden Sie **anklickbare** Links. Mit einem Klick auf die Nummer der Drucksache gelangen Sie in das Dokumentensystem des Berliner Parlamentes und direkt auf Anträge, Beschlussvorlagen und ähnliches. Ein Klick auf den Videolink leitet Sie auf die Webseite des rbb und dort auf den entsprechenden Redebeitrag.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen, schreiben Sie uns. Kontaktmöglichkeiten finden Sie am Ende des Parlamentsreports.

Trotz dieser Ereignisse kann man beobachten, dass die große Zahl an Protestierenden eine heterogene Gruppe aus gesellschaftlich abgehängten Menschen, Reichsbürgern, Corona-Leugnern und Rechtsextremisten darstellt. Daher bietet sich hier auch eine Chance für den Berliner Senat, durch konsequentes kluges Vorgehen, Führungsstärke zu beweisen. Doch anstatt lösungsorientiert Antworten auf die Herausforderungen einer Großstadt zu finden, übt sich der Berliner Senat wie so häufig in Zerstrittenheit.

Unter einem führungsschwachen Regierenden Bürgermeister Michael Müller, der mit einer Bundestagskandidatur liebäugelt, zerbröckelt diese rot-rot-grüne Koalition. Ausschließlich durch Abwesenheit glänzt Wirtschaftsministerin Ramona Pop, was den [Ausfall von Senatssitzungen](#) zur Folge hatte. Pops offensichtliches Desinteresse daran, für den Standort Berlin zu werben, ist fatal für Wirtschaft und Unternehmen.

Ein weiteres gutes Beispiel dafür ist die ehemalige Bausenatorin Katrin Lompscher, welche unlängst aufgrund versäumter Rückzahlungen an die Landeskasse zurücktreten musste. Auch ihre Bilanz als Senatorin ist mager, da sie sich weniger mit dem benötigten Bau neuer Wohnungen befasste, sondern stattdessen irrsinnige Verordnungen erließ, wie beispielsweise zur [Verhinderung von Dachgeschossausbauten](#).

Diese Verhinderungsstrategie des Berliner Senats ist an vielen Stellen in der Verkehrspolitik sichtbar, wie von [Oliver Friederici immer wieder kritisiert](#). Die Friedrichstraße wurde vor kurzem als Pilotprojekt zur autofreien Zone erklärt. Pop-up Radwege und die Beseitigung von Parkmöglichkeiten, sowie mangelndes Interesse am notwendigen ÖPNV bzw. U-Bahnausbau zielen auf eine ideologisierte Umerziehung der Berliner ab.

Das Schicksal von Geschäftseinhabern, die auf Lieferverkehr angewiesen sind, oder Pendlern, denen Park and Ride Möglichkeiten fehlen, wird gedankenlos missachtet. Anstatt Lösungen im Austausch mit Anwohnern zu finden, werden Betroffene vor vollendete Tatsachen gestellt. Diese Devise führt zweifellos zur Politikverdrossenheit derer, die nichts mit Reichsflaggen oder Corona-Leugnern gemein haben. Berlin kann sich diesen Senat bald nicht mehr leisten.



Quelle: © Abgeordnetenhaus von Berlin / Peter Thieme

---

*Gerichtsurteil***Ist das Berliner Neutralitätsgesetz verfassungsgemäß?****Cornelia Seibeld**

Hierüber hatte am 27.08.2020 inzident das Bundesarbeitsgericht zu entscheiden.

Wenn man die Entwicklung der Rechtsprechung zu diesem und ähnlichen Gesetzen in den vergangenen Jahren verfolgt hat, war es wenig überraschend, dass das Bundesarbeitsgericht der klagenden Lehrerin mit muslimischem Kopftuch einen Schadensersatz nach dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz zugesprochen und damit die Revision des Landes Berlin zurückgewiesen hat.

**Was aber heißt diese Entscheidung für Berlin?**

Das Bundesarbeitsgericht legt das Berliner Neutralitätsgesetz verfassungskonform so aus, dass eine konkrete Störung des Schulfriedens vorliegen muss, ehe religiöse Zeichen im Schuldienst untersagt werden können. Das heißt, das Gericht schiebt den schwarzen Peter den Schulen zu, denn diese müssen nun zunächst eine Störung des Schulfriedens abwarten, um sodann Konsequenzen ziehen zu können.

**Ist das Kopftuch ein ausschließlich religiöses Symbol?**

Völlig unberücksichtigt lässt das Bundesarbeitsgericht – aber leider auch das Bundesverfassungsgericht – dass das muslimische Kopftuch neben einer religiösen Aussage eine wesentliche politische und auch gesellschaftliche Aussage hat. Männer und Frauen werden letztlich in übertriebenem Maße sexualisiert. Und darin spiegelt sich ein Rollenverständnis wider, dass unserem Grundgesetz ziemlich fremd ist. Dieses steht damit nämlich gerade nicht für die Gleichstellung von Mann und Frau.

**An der Neutralität des Staates darf kein Zweifel sein.**

Der Staat muss durch seine Bediensteten – wenn er hoheitlich handelt – seinen Bürgern neutral gegenüberstehen. Dies gilt im Gericht, bei der Polizei und im Justizvollzug sowie in der Schule. In politischer und religiöser Hinsicht soll nie ein Zweifel aufkommen, dass der Staatsbedienstete aufgrund seiner eigenen Individualität alle gleich behandelt, den einen nicht begünstigt und den anderen nicht benachteiligt. Dieses Ziel hält die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus nach wie vor für richtig.

R2G ist und war beim Neutralitätsgesetz immer uneins. Es bleibt abzuwarten, wie es hier weiter geht. Zum Wohle der Berliner Schüler wird es vermutlich nicht sein.

**Fragestunde**

In der Fragestunde habe ich die Bildungsministerin gefragt, welche Schlüsse sie aus dem Urteil zieht. Wenigstens ist sie der Meinung, dass es dem Schulfrieden dient, wenn Lehrerinnen weiterhin kein muslimisches Kopftuch tragen. (siehe [Video der Fragestunde](#) ab Minute 4:42)

Antrag [Drucksache 18/2936](#)

## KFZ-Zulassungsstelle: CDU-Fraktion hält Wort

### Oliver Friederici

Die Berliner CDU-Fraktion bringt in der Plenarsitzung am 03. September 2020 den Antrag zur Beschleunigung der KFZ-Zulassungen ein, so wie von den Abgeordneten Oliver Friederici und Stephan Standfuß vor zwei Wochen versprochen.

Wir wollen die Wartezeiten wesentlich verringern, die Digitalisierung der Verwaltung deutlich vorantreiben, unnötig Doppel-Verwaltungsaufgaben abschaffen, das Personal in den Zulassungsstellen aufstocken, entfristen und endlich einen dritten Standort für Berlin schaffen und zügig eröffnen. Die SPD-geführte Innenverwaltung hat hier so einiges liegenlassen in den letzten 1½-Jahren.



Aus Sicht der Verkehrspolitik (Friederici) und der mittelständischen Wirtschaft im KFZ-Bereich (Standfuß) haben wir diesen CDU-Antrag eingebracht, um dem Senat „Beine zu machen“. Und selbstverständlich müssen auch Privatleute von dieser Zulassungsbeschleunigung profitieren – wir wollen maximal 5 Tage Wartezeit- besser wären aber 1 bis 2 Tage! In vielen Städten und Gemeinden Deutschlands ist dies heute der normalübliche Standard.

 Hochschulpolitik [Drucksache 18/2923](#)

## Berlin University Alliance

### Adrian Grasse

Im Juli 2019 waren die Berliner Universitäten und die Charité neben 10 weiteren Unis im Finale der Exzellenzstrategie des Bundes erfolgreich. Mit der Bewerbung und dem Erfolg als Verbund hat Berlin eine Pionierstellung eingenommen.



Quelle: TU Berlin/Felix Noak

Im Nachgang der Entscheidung war zunächst unklar, ob jeder der Verbundpartner den Status der Exzellenzuni erhält bzw. - im Falle der FU und der HU - behält oder ob nur der Verbund diesen Titel führen darf. Ebenso gab es Diskussionen über die zukünftige Steuerung, Zuständigkeiten, sowie die finanzielle Ausstattung.

Adrian Grasse hat im Wissenschaftsausschuss die Koalitionsfraktionen scharf dafür kritisiert, dass ein Regierungsentwurf vorgelegt wurde, den keine Regierungspartei gut findet. Stattdessen nörgeln insbesondere die Grünen an der Kooperationsplattform für die Berlin University Alliance. Diese Vorgehensweise ist extrem unprofessionell und schadet der Berlin University Alliance.

Die CDU unterstützt dagegen die Exzellenzstrategie voll und ganz. (siehe [Bericht des Tagesspiegels](#))

## Sportpolitik

### Ein schwerer Weg – die Wiedereröffnung des Sports in Berlin

**Stephan Standfuß**

Der Sport in Berlin hat, wie viele andere Bereiche des täglichen Lebens in der Stadt auch, in dieser besonderen Zeit sehr schwierige Monate hinter sich.



Die Schließungen von Sportanlagen, Fitnessstudios, Vereinsheimen und vielen weiteren Einrichtungen haben nicht nur das Sporttreiben selbst, sondern auch das gesellschaftliche Leben schwer getroffen. Inzwischen gibt es nur noch wenige Einschränkungen und trotzdem bisher keine Probleme mit dem Infektionsschutz (im Sport). Bis dahin war es jedoch ein weiter Weg.

In den letzten Monaten hat die CDU-Fraktion dafür gekämpft, das Sporttreiben in der Stadt wieder zu ermöglichen. In zahlreichen Gesprächen und Videokonferenzen mit zahlreichen Sportlerinnen und Sportlern vom Fußball, vom Hockey, aus dem Rudersport, dem Schwimmsport, aus Fitnessstudios, aus Kampfsportschulen und mit vielen anderen haben wir gemeinsam nach Lösungen gesucht, um unter Berücksichtigung der geltenden Infektionsschutzmaßnahmen allen Sportlerinnen und Sportlern ihren Sport ermöglichen zu können. Fehler sind in dieser bislang einmaligen Ausnahmesituation nicht zu vermeiden. Jedoch hätten wir uns des Öfteren gewünscht, dass die zuständige Senatsverwaltung sowie Ordnungs- und Gesundheitsämter besser mit den von ihnen gemachten Fehlern umgehen und diese schneller korrigieren.

Die oftmals nicht nachvollziehbar erscheinenden Einschränkungen haben auf Seiten der betroffenen Sportlerinnen und Sportler viel Ärger hervorgerufen, der durch mehr Transparenz und klare Kommunikation hätte vermieden werden können. In diesem Sinne hätten wir uns auch gewünscht, dass die Vorschläge und Bedenken der Opposition bei der Festlegung von Einschränkungen und Lockerungen deutlich schneller Berücksichtigung gefunden hätten.

Die CDU-Fraktion steht auch weiterhin an der Seite aller Sportbegeisterten in der Stadt und wird sich für bestmögliche Lösungen einsetzen, damit unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie erneute Einschränkungen für den Sport zukünftig vermieden werden können. ([Rede im Parlament](#))

## Verkehrspolitik

### Friedrichstraße für den Verkehr gesperrt – und nun?

**Oliver Friederici**

Von einer echten Flaniermeile ist die Friedrichstraße mit dem Pop-up-Schnellradweg weit entfernt. In Gesprächen haben jetzt Geschäftsleute und Anlieger auf erhebliche Planungsmängel aufmerksam gemacht. So fehlen insbesondere Überquerungsmöglichkeiten des temporären Radweges für Fußgänger und vor allem auch genügend Rad-Abstellanlagen. Es fehlt zudem ein Sicherheits- und Marketingkonzept, wie sich Passanten auf der Straße gefahrlos bewegen können und wie Anreize für mehr Kunden in der Geschäftsstraße geschaffen werden können.

Aus unserer Sicht kann das nur gelingen, wenn Händler und Anwohner an den weiteren Ausführungen endlich beteiligt werden. Berlins CDU-Verkehrsrecher Oliver Friederici: „Die Berliner CDU-Fraktion sieht die Sperrung weiterhin skeptisch. Und gerade in Corona-Zeiten können die Geschäfte der Einkaufsstraße nun nicht auch noch solche Schikanen gebrauchen.“

---

*Sportpolitik*

## Steglitz-Zehlendorf im Berliner Fußballverband vertreten

### Stephan Standfuß

Im Berliner Fußball läuft es nicht rund. Nach einer langen Zeit des Schweigens versucht der Berliner Fußball-Verband (BFV) mit einem 10-Punkte-Plan, die Amateur-Saison dieses Wochenende trotz Corona zu starten.

In diesem Plan enthalten ist der Entfall der Rückrunde für alle Ligen außer der Berlin-Liga als zentraler Baustein. Damit finden Spiele nur alle zwei Wochen statt und es kommt in Zeiten knapper Kassen zu weiteren Einnahmeverlusten. Genau da setzt die Kritik der Vereine an. Sie beschwerten sich, dass hier diskriminiert wird. Außerdem wird beklagt, dass nach dem Ausbleiben der Zuschauer jetzt auch die Sponsoren abspringen.



Neuer Vizepräsident des Berliner Fußball-Verbandes, Kamyar Niroumand (Präsident von Hertha 03)

In diesen schweren Zeiten braucht man mutige Entscheidungsträger, die gut vernetzt sind und eine klare Richtung vorgeben können. Mit dem langjährigen Vereinspräsidenten von unserem Zehlendorfer Lokalmatador Hertha 03, Kamyar Niroumand, ist der richtige Mann ab sofort der neue Vizepräsident des BFV. Darauf können wir stolz sein und gratulieren ihm ganz herzlich. Im Fachbereich Sport der CDU-Fraktion Berlin freut man sich auf die zukünftige Zusammenarbeit ganz besonders.

Die ersten Anliegen von Niroumand sind bessere Kommunikation mit den Vereinen und die Bündelung aller Kräfte, sowie die Korrektur des Rahmen-Hygienekonzeptes im Sinne der Amateurvereine.

Auch für Hertha 03 will er sich weiterhin mit aller Kraft einsetzen. „Was mein größter Wunsch ist? Dass die Zehlendorfer Zuschauer zahlreicher kommen und den Weg anerkennen, den wir gehen. Es geht bei uns um seriöses Wirtschaften, attraktiven Fußball und natürlich haben wir das Ziel „Regionalliga“. Das werden wir auch nicht aufgeben, aber es ist unrealistisch, wenn wir dazu mehr Geld ausgeben müssen als wir in der Kasse haben. Ich bin aber überzeugt, dass es trotzdem in nicht allzu ferner Zeit klappen wird.“

---

*Verkehrspolitik*

## Wann kommt der gemeinsame BER-Taxitarif für Berlin mit Brandenburg?

### Oliver Friederici

Seit rund drei Jahren ist die Berliner Landesregierung aus SPD, Linken und Grünen nicht in der Lage, einen gemeinsamen Taxitarif für das Gebiet des neuen Flughafens BER zu vereinbaren. Dieser muss mit dem Landkreis Dahme-Spreewald in Brandenburg vereinbart werden. Denn bisher ist der zu erwartende Stand: Berlins Taxis fahren mit Fahrgästen hin und leer zurück. Und Brandenburger Taxis fahren mit Fahrgästen nach Berlin und leer zurück. Das ist nicht nur umweltpolitisch eine Katastrophe, sondern auch ein Beweis des Unwillens Berlins, sich um das Thema im Interesse der über 7.300 Taxifahrer in Berlin zu kümmern.



## Medienpolitik

### Parlament beschließt neuen Medienstaatsvertrag

**Christian Goiny**

Politik hinkt der dem Fortschritt häufig hinterher. So stellt es sich auch im Fall des neuen Medienstaatsvertrages dar, den das Abgeordnetenhaus in seiner gestrigen Sitzung beschlossen hat. Er löst den Rundfunkstaatsvertrag von 1991 ab, der die Regeln für Rundfunk in Deutschland festlegt. Während in früheren Zeiten die einen eine gedruckte Zeitung herausgaben, die anderen einen Radiosender auf einer UKW Frequenz betrieben und die nächsten mit einem Fernsehsender ein lineares Programm ausstrahlten, hat sich die Situation heutzutage drastisch verändert.

Im Internet haben sich neue Möglichkeiten des Verbreitens von Inhalten und Programmen ergeben. Seien es Privatpersonen oder Unternehmen, die ihre Beiträge in Bild und Ton dort einer beliebigen Zahl von Nutzern zu einer beliebigen Zeit präsentieren oder eben Anbieter, die bisher eine gedruckte Zeitung herausgeben oder ein Radio- oder Fernsehprogramm produziert haben. Oder gar Anbieter, die versuchen politische oder andere Propaganda und oder Hass und Fakenews zu verbreiten, all das ist heute im Internet verfügbar und zu jeder Tageszeit abrufbar.

In der medienpolitischen Diskussion hat sich daher schon lange die Frage gestellt, ob und wann derartige Angebote im Internet auch einen Charakter haben, der eine Regulierung im Sinne des klassischen Rundfunkbegriffs zur Folge haben muss. Denn die Reichweite mancher Angebote und Plattformen im Netz gehen in die zig Millionen. Dabei stellt sich dann auch die Frage, ob und wie Angebote im Internet auf bestimmten Plattformen diskriminierungsfrei auffindbar sind und wie die Urheberrechte gewahrt bleiben können. Der neue Medienstaatsvertrag versucht, darauf eine Antwort zu geben, gilt er doch nun auch für Online-Plattformen wie Smart TVs, soziale Me-

dien und Suchmaschinen, die Medieninhalte bereitstellen, aber nicht selbst produzieren. Es geht bei dem neuen Medienstaatsvertrag auch um Transparenz, nach welchen Algorithmen Plattformen im Medienbereich vorgehen. So sollen die Angebote diskriminierungsfrei zur Verfügung stehen, die Plattformen dürfen also nicht bestimmte Inhalte ohne gerechtfertigten Grund in den Hintergrund rücken. Sie dürfen auch technisch nicht ohne eine Einwilligung verändert werden, und Werbung darf nicht ohne Einwilligung die Medieninhalte überlagern.



An den Regelungen dieses Staatsvertrages gibt es natürlich auch Kritik, die auch hier eine Wettbewerbsverzerrung sieht, die Regeln des Vertrages nicht (mehr) auf der Höhe der Zeit oder in Widerspruch zu EU-Recht, wie der E-Commerce Richtlinie sieht. An der Kritik ist sicherlich auch etwas dran, schon weil die Verhandlungen und Beschlussfassung des Staatsvertrages einige Jahre haben ins Land gehen lassen, so der medienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Goiny, der die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Medienstaatsvertrag u.a. damit begründet hat, dass die vorgenannten Umstände es auf jeden Fall geboten erscheinen lassen, den nunmehr fast 30 Jahre alten Rundfunkstaatsvertrag durch diese neue Regelung zu ersetzen.

Gleichzeitig ermahnte Goiny aber auch den Regierenden Bürgermeister, mit der zeitgemäßen Weiterentwicklung dieses Vertrages nicht allzu lange zu warten.

---

*Wissenschaft und Forschung*

## Berlin Institute of Health (BIH)

### *Adrian Grasse*

Im Wissenschaftsbereich hat Adrian Grasse zum Gesetzentwurf zur Integration des Berliner Instituts für Gesundheitsforschung in die Charité gesprochen. Im Jahr 2013 gegründet, wurde das BIH in der Folge dann leider über lange Zeit öffentlich vor allem durch Personaldiskussionen, widerstreitende Interessen der Beteiligten und eine zum Teil unklare Ausrichtung wahrgenommen.

Die CDU-Fraktion hat daher bereits 2018 einen Besprechungspunkt im Wissenschaftsausschuss angemeldet, um auf der Fachebene darüber zu diskutieren, wie es mit dem BIH weitergeht und welche Perspektiven sich bieten. Denn sämtliche unserer parlamentarischen Anfragen sind damals vom Senat mit dem Verweis auf die noch laufenden Verhandlungen nur ausweichend beantwortet worden. Als außeruniversitäre Wissenschaftseinrichtung wird das BIH zu 90 Prozent vom Bund finanziert. Dass mit der Integration des Instituts in die Charité nun eine neue strukturelle Lösung gefunden wurde, die eine inhaltliche Weiterentwicklung ermöglicht, begrüßen wir ausdrücklich.



Voraussetzung hierfür war die vom BMBF vorgeschlagene und 2015 in Kraft getretene Änderung von Artikel 91b des Grundgesetzes, welche die Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern im Wissenschaftsbereich in Fällen überregionaler Bedeutung deutlich erweitert. Bund und Länder können nun noch wirksamer als bisher gemeinsame Schwer-

punkte setzen und Profilbildungen vornehmen – zur Stärkung der deutschen Wissenschafts- und Forschungslandschaft und zur Exzellenzförderung. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf zur Integration des Instituts in die Charité werden nunmehr die erforderlichen landesgesetzlichen Regelungen geschaffen. Das BIH wird, als dritte Säule neben Uniklinik und Fakultät, ein eigenständiger Exzellenzbereich der Charité.

Eingangs hat Adrian Grasse der Charité dafür gedankt, dass sie Alexej Nawalny aufgenommen hat und bestmöglich versorgt. Es ist ein Zeichen der Humanität, das von Berlin ausgeht. Die CDU-Fraktion verurteilt diesen Anschlag auf Oppositionelle aufs Schärfste. ([Rede im Parlament](#))

---

### *Aktuelle Themen*

## Danke, Polizei Berlin!

### *Oliver Friederici*

Auch die Absicherung der Anti-Corona-Proteste zeigt, dass die Berliner Polizei wieder einmal sich selbst in Gefahr bringen musste, weil andere es so wollten. Schlimm waren auch die Krawalle vor der Botschaft Russlands und die versuchte Erstürmung des Reichstages.

Die Polizei wird von Berlins linker Koalition bewusst verheizt, das hat leider verschiedene Gründe: Unter anderem der laienhaft begründete Verbotsantrag des Berliner Innensensors Geisel (SPD), der scheitern musste und sog. Demonstranten, die unsere freiheitliche Demokratie ablehnen, Menschen die sowieso immer gegen alles sind, Corona-Leugner, Radikale von Links und Rechts. Und dann gibt es noch die linke Berliner Landesregierung, die mit Polizei-Skepsis, Ablehnung der Ordnungsbehörden und Initiierung des sog. Landes-Antidiskriminierungsgesetzes bewusst weiter Misstrauen gegen Berlins Polizei und Beamte fördert.

Wir leben in Wohlstand und Freiheit. Dafür ist es Zeit gerade auch hier Danke zu sagen. Und besonders Danke an die Berliner Polizei!



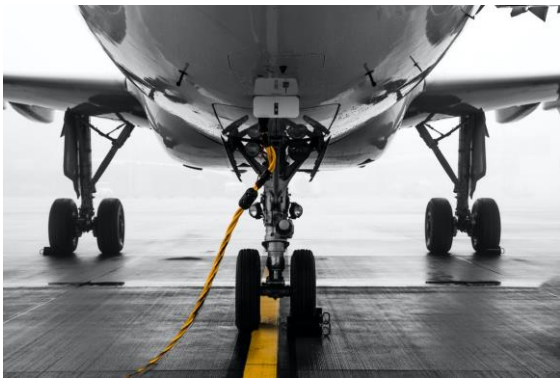
## Verkehrspolitik

### Infos zur Flughafen BER-Eröffnung am 31. Oktober 2020

#### Oliver Friederici

Acht Jahre zu spät wird der neue Flughafen BER in Schönefeld eröffnen. Zu einer Finanzkrise durch diverse Bauverzögerungen kommt nun noch die Corona-Krise im Luftverkehr. Das wird bedeuten: Statt der rund 3 Millionen Fluggäste/Monat vor Corona, werden es mit der Eröffnung nur 700.000/Monat sein. Die aktuellen Flugverbindungen in der Anzahl liegen bei 25% im Vergleich zu vor Corona. Aktuell haben wir keine Interkontinentalverbindungen.

Das ist die aktuelle Eröffnungs-Ausgangslage. Weniger Mieteinkünfte durch Vermietungen und Verpachtungen, weniger PKW-/Bus-Parkplatz- und weniger Gebühren für die Abwicklung des operativen Flugverkehrs kommen hinzu.



Die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg wird schweren Zeiten entgegengehen. Wenn wir ab Herbst 2021 - spätestens, so hoffe ich - Berlin regieren, muss ein tragfähiges Unternehmenskonzept her. Muss der Staat dabei auf Dauer alleinig einen Flughafen betreiben, sollte er private Investoren „reinholen“, sollte einen andere Rechtsform gewählt werden, oder, oder, oder? Die CDU wird dies in Berlin dann konstruktiv lösen müssen, in Zusammenarbeit mit Brandenburg und dem Bund.

## Öffentlicher Raum

### Umwelt-Bildungsräume schaffen

#### Oliver Friederici

Die Berliner CDU-Fraktion fordert den Senat auf, dafür Sorge zu tragen, dass die öffentlichen Flächen der Stadt kontinuierlich zu Bildungsräumen umgestaltet bzw. weiterentwickelt werden. Dafür sind Lernpfade sowohl in den naturnahen Gebieten wie Gewässern, Parks, Grünflächen und Wäldern, als auch in den urbanen Stadtbereichen einzurichten.

Verkehrs- /Umwelt- Ausschussvorsitzender Oliver Friederici: „Dies ist auch als Programm zur Förderung der Sicherheit und Sauberkeit des öffentlichen Raumes zu betrachten. Gemeinsam mit den Berliner Forsten, den Gartenarbeitsschulen, Museen und Hochschulen, Kitas und Schulen soll ein Konzept entwickelt werden, wie der öffentliche Raum unter dem Bildungsaspekt umgestaltet werden kann.“

Durch Hinweistafeln, Baumpatenschaften, die Einarbeitung in den Lehrplan der Berliner Schule, mit folgenden Maßnahmen:

- Beschilderung von Pflanzen und Bäumen in ausgewählten Parks und Wäldern.
- Einrichtung von Bienenwiesen sowie Installation von Erläuterungstafeln.
- Aufstellen von Insektenhotels inkl. Hinweisschildern.
- Anbringen von Erläuterungen bzw. digitalen Codes zum Abruf von Erläuterungen an Straßen, die den Namen einer bekannten Persönlichkeit tragen.
- Ausstattung öffentlicher Gebäude wie Universitäten, Rathäuser, Bahnhöfe etc. mit Hinweisschildern zu deren Historie.

Berlin ist eine einzigartige Stadt und darüber sollten die Berliner und Besucher informiert werden.

## Untersuchungsausschuss

### Innensenator Geisel und Justizsenator Behrendt im Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag am Breitscheidplatz

#### Stephan Standfuß

Am 28.08.2020 fand die 46. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Terroranschlag Breitscheidplatz“ im Abgeordnetenhaus statt. Wie bereits auf unseren Antrag vor der Bundestagswahl 2017 beschlossen, waren die Senatoren Geisel (Inneres und Sport) und Dr. Behrendt (Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung) als Zeugen geladen. Als Beweisthema waren der umfangreiche Einsetzungsbeschluss (Drucksache 18/0462) mit seinen über 95 Fragen, sowie insbesondere die Organisations- und Kommunikationsstruktur der jeweiligen Verwaltung, aber auch die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch senatsintern bzw. mit anderen Landes- und Bundesbehörden vorgesehen.



Der Ausschussvorsitzende Stephan Lenz (CDU) zusammen mit den Sprechern Frank Zimmermann (SPD, rechts) und Stephan Standfuß (CDU, links)

Da beide Senatoren erst kurz vor dem Terroranschlag ins Amt gekommen waren (am 08.12.2016), lag der Schwerpunkt vor allem auf Fragen zur Aufklärungsarbeit nach dem Anschlag, der Informierung des Parlaments und der Öffentlichkeit sowie auch auf den bereits gezogenen Schlussfolgerungen. Bei beiden Zeugen ging es namentlich um den Um-

gang mit Gefährdern, ob die Sicherheitsbehörden heute besser aufgestellt sind und wo noch Lücken bestehen, die es sowohl gesetzlich als auch bei der Ausstattung der Sicherheitsbehörden zu schließen gilt.

Dabei muss man bedenken, dass bestimmte Veränderungen bereits vor dem Anschlag angestoßen worden waren (z.B. das sogenannte Radar-iTE, mit dem die Sicherheitsbehörden einen Mechanismus 2017 auch bundesweit eingeführt haben, der eine einheitliche Bewertung des Gewalttrisikos von polizeilich bekannten Salafisten/Gefährdern ermöglicht). Auch die Frage zu Umfang und Reichweite von polizeilichen und nachrichtendienstlichen Befugnissen beschäftigt uns als Politik und Gesellschaft schon lange und immer wieder.

Eine der Schlussfolgerungen aus dem Anschlag war, dass auch Berlin endlich die Möglichkeit einer gefahrenabwehrrechtlichen Telekommunikationsüberwachung TKÜ braucht, die auf Bundesebene und in vielen anderen Bundesländern bereits existiert. Seit kurzem liegt nun ein neuer ASOG-Entwurf von Rot-Rot-Grün vor, der u.a. eine solche Grundlage enthält. Aus unserer Sicht ist der ASOG-Entwurf an vielen Stellen unzureichend und gibt der Polizei Berlin nicht das an die Hand, was sie braucht und was wir für richtig halten.

Das haben wir am Beispiel des Attentäters vom Breitscheidplatz bzgl. der gefahrenabwehrrechtlichen TKÜ auch durchexerziert und sind, anders als Senator Geisel und die Koalition, zu dem Ergebnis gekommen, dass die im Entwurf genannten Voraussetzungen viel zu eng gefasst sind, wenn etwa die Annahme von Unterstützungs- oder Vorbereitungshandlungen im Bereich des islamistischen Terrorismus nicht für eine solche TKÜ ausreichen sollen.

Gleichwohl konnte Senator Geisel auf den erheblichen personellen Aufwuchs bei der Polizei und insbesondere im Staatsschutz verweisen, der zusammen mit der Umstrukturierung im Landeskriminalamt (LKA) und einer ganz neuen Abteilung zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus (LKA 8) eine folgerichtige und begrüßenswerte Konsequenz ist.

Dennoch geht der ASOG-Entwurf der Koalition nicht nur nicht weit genug, sondern schränkt teilweise die Befugnisse der Polizei sogar ein (z.B. Verringerung des Unterbindungsgewahrsams von vier auf zwei Tage).

Senator Dr. Behrendt hat im Anschluss an Senator Geisel die wichtigen und absolut notwendigen Verbesserungen im Opferschutz ausführlich dargestellt. Vom Justizsenator hätten wir uns allerdings auch erhofft, dass die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, wenn schon keine Priorität, so zumindest einer seiner Schwerpunkte ist. Das hat er bedauerlicherweise mit Verweis auf „andere wichtige Themen“ ausdrücklich verneint. Ebenso hätten wir vom Justizsenator erwartet, dass er die Verbesserungsvorschläge des damaligen Generalstaatsanwalts Rother, die dieser extra für eine Stellungnahme des Senators im Rechtsausschuss vorbereitet hatte, wie geplant dem Parlament vorträgt. Fachliche Hinweise von einem erfahrenen Experten wie Herrn Rother hätte er ihn ja zumindest selbst vortragen lassen können. Stattdessen hat er selbst am 25.01.2017 nicht eine einzige inhaltliche Stellungnahme über die Begrüßung und Verabschiedung gegenüber dem Parlament abgegeben, dafür aber der Presse im Anschluss seine eigene Version.

In unserem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat müssen wir alle sehr genau darauf achten, wie wir mit dem Spannungsverhältnis zwischen individueller Freiheit auf der einen und der Schutzpflicht des Staates gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite umgehen. Während wir von Senator Geisel den Eindruck hatten, dass er sich dieser politischen Verantwortung sehr bewusst ist, hat uns der Eindruck von Senator Dr. Behrendt leider enttäuscht.

Auch als Ergebnis aus den Untersuchungsausschüssen wurden insgesamt viele wichtige Schritte bereits angestoßen und umgesetzt (z.B. auch im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum), gerade auch auf Bundesebene (z.B. in der StPO und im Aufenthaltsgesetz), aber ausruhen können wir uns darauf nicht.

Die Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes müssen weiter gestärkt werden. Es gilt nicht nur auf die Bedrohungen der modernen Welt adäquat reagieren zu können, sondern die Menschen in Berlin und Deutschland auch vor Anschlägen zu schützen. Dabei ist klar, dass es nie absolute Sicherheit geben kann. Aber wir müssen aus Fehlern der Vergangenheit lernen, um in Zukunft besser aufgestellt zu sein und dafür setzen wir uns auch im Untersuchungsausschuss ein!

---

**„Corona-Verordnung“**

**Fünfte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2 Infektionsschutzverordnung**

***Cornelia Seibeld***

Der Senat hat in dieser Woche erneut die SARS-CoV-2 Infektionsschutzverordnung geändert. Hintergrund sind zum einen die auch in Berlin gestiegenen Infektionszahlen, zum anderen ist es aber auch die Großdemonstration vom vergangenen Wochenende. Die wesentlichen Neuerungen sind:

- Auch private Feiern bedürfen ab 50 Personen künftig eines Hygienekonzepts.
- Eine Anwesenheitsdokumentation muss nun auch für Veranstaltungen im Freien und auch von Gastronomen für den Außenbereich geführt werden.
- Zudem findet sich nun auch in der Verordnung die Verpflichtung der Teilnehmer zu wahrheitsgemäßen Angaben wieder. Sofern die Angaben erkennbar unzutreffend sind, ist den Teilnehmern der weitere Verbleib zu verwehren.
- Für Versammlungen mit mehr als 100 Teilnehmern gilt künftig eine Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, es sei denn, es handelt sich um einen Fahrzeugkorso.

[Das Beschlussprotokoll der Plenarsitzung ist nach Fertigstellung auf der Webseite des Abgeordnetenhauses einsehbar.](#)

**Impressum / ViSdP:** Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses: Oliver Friederici, Christian Goiny, Adrian Grasse, Cornelia Seibeld, Stephan Standfuß.  
Steglitz: Hindenburgdamm 80, 12203 Berlin, 030 844 17174, [buergerbuero.hindenburgdamm@gmail.com](mailto:buergerbuero.hindenburgdamm@gmail.com);  
Zehlendorf: Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin, 030 / 407 256 44, [kontakt@starkes-zehlendorf.de](mailto:kontakt@starkes-zehlendorf.de)